

Läng d Achs und gib im

Heere-jumpfere

Von Heiner Oberer

Joo, der Film «S'Gheimnis vo Ammel» vo der Cynthia Coray häig iim no gfalle, hed mir der Migger vom Schoorchäänel-Hoof noo der Brömiere brichted. Bsunders der Hauptdarsteller, der Paul Schaffner, häig in beydrückt. Das syg halt schon e dunners Chätzer. Weeniger Fröid häig der Migger an deere Heerejumpfere ghaa, wo alli voorgstellt hed, wo im Film mitgmacht häi. Die sygi uf der Büni ummegstäägered, wien en ufgschüüchte Grauräigel. Und häig glyych närvöös doo, wie albe syni Hüener döie, wenn der Hüenerweilli e Gluggere hoole. Daas zäigt, as halt nit jeeden Import us der Stadt ufs Land basst.

Heerejumpfere = Fräulein aus der Stadt
ummestäägere = sich mit steifen Beinen bewegen
Räigel = Reiher

Alterspolitik im grünen Mantel

Die Nähe der Grauen Panther zu den Grünen

Von Nadine A. Brügger

Liestal. Im Baselbiet sind die Panther los – Grüne in der Politik, Graue für die Gesellschaft. Ein Fall von Namensklau? Um Nationalrätin Maya Graf zu unterstützen, führen die Grünen ihre Senioren ins Feld: Altgediente und -bewährte Politiker sollen für Graf Stimmen holen. Ihr Listenname: Die Grünen Panther. Eng verwandt: Die Grauen Panther – eine Vereinigung, die für die Anliegen der älteren Bevölkerung kämpft.

Obwohl die Grauen von den Grünen Panther nicht angefragt wurden, freut man sich: «Dass unser Name als Marke offensichtlich auch in der Politik so stark wahrgenommen wird, freut uns», sagt Co-Präsident Hanspeter Meier. Dazu kommt die Hoffnung, dass Nomen auch Omen wird: «Wir hoffen natürlich, dass mit dem Namen auch unsere Interessen verstärkt in die Politik Eingang finden.» Diese seien noch immer nicht stark genug vertreten, dabei gebe es im Alter zahlreiche physische, psychische und finanzielle Nöte: «Gerade ältere Frauen haben oft das Problem, keine Pension ausbezahlt zu bekommen.» Sie leben von der AHV und allenfalls von Ergänzungsleistungen. «Das sind Beträge, die oft kaum zum Überleben reichen. Das wäre ein Aspekt, den die Politik aufgreifen müsste», sagt Meier. Zudem seien viele alte Menschen einsam: «Sie haben keine Aufgabe mehr und fühlen sich dadurch überflüssig.»

Bewahren und sichern

Politfossil Ruth Gonseth, die vor 14 Jahren letztmals im Nationalrat sass und jetzt als 72-Jährige reaktiviert wurde, um den Grünen zu mehr Stimmen zu verhelfen, verspricht, bei ihrer grünen Politik die Alten nicht zu vergessen: «Es ist sicher das Ziel der Grünen Panther, die Interessen der älteren Bevölkerung zu thematisieren, das Erreichte zu verteidigen, aber ebenso die Interessen einer nachhaltigen Entwicklung für unsere Nachkommen zu wahren.» Es gehe nicht um mehr Privilegien für die dritte Generation, schreibt sie. Thematisch setze sie Schwerpunkte bei der Altersarmut (vor allem von Frauen) und der Pflege im Alter. Insbesondere das Gesundheitswesen werde ein Thema sein. Hier setze sie sich dafür ein, dass die guten Leistungen beibehalten würden.

Der grüne Nationalratskandidat und Arlesheimer Gemeindepräsident Karl-Heinz Zeller bekräftigt die Hoffnung der Grauen Panther: Er werde die Alterspolitik auf jeden Fall vorantreiben. «Denn es wird immer mehr aktive Senioren geben, die Fragen zum Gesundheitswesen, zu neuen Wohnformen und zu finanziellen Themen beantwortet haben wollen.»

Machtkampf um die Burg Landskron

Der Verein Pro Landskron und die Gemeinde Leymen kämpfen um Präsidentenposten

Von Dina Sambar

Leymen (F). Konrad Knupp zeigt auf lose Steine am Pulverturm der Ruine Landskron: «Wir haben das Innere des Turms abgesperrt, denn es kommen Steine runter.» Knupp ist Mitglied des Vereins Pro Landskron, der sich dem Erhalt der wunderschön auf einem Hügel zwischen Flüh und Leymen gelegenen Burg verschrieben hat. Die Finanzierung der 140 000 Euro teuren Sanierung ist zum grössten Teil gesichert. Nebst Frankreich beteiligen sich daran auch diverse Schweizer Gemeinden, die Kantone Basel-Stadt, Baselland und Solothurn. Dennoch kann der Verein, der Eigentümer der Ruine ist, den Pulverturm nicht sanieren lassen. Grund ist ein Streit mit der Gemeinde Leymen um den Präsidentenposten im Verein.

Der Zwist begann im Frühling 2014. Danielle Ott, damals sowohl Gemeindepräsidentin von Leymen wie auch Präsidentin von Pro Landskron, wurde als Gemeindepräsidentin abgewählt. Neu war nun Patrick Oser Maire der elsässischen Gemeinde. Kurz darauf erhielt der Verein Pro Landskron von der Gemeinde einen Brief, wonach der neue Gemeinderat Frau Ott als Präsidentin des Vereins nicht bestätige. Die Gemeinderäte hätten Denis Reverret (Vize-Gemeindepräsident) für diese Funktion gewählt.

Für Verein inakzeptabel

Der Verein akzeptiert diese Entscheidung nicht: «Frau Ott wurde im Herbst 2013 von den Mitgliedern für drei Jahre gewählt. Seit wann kann eine Gemeinde einem privaten Verein vorschreiben, welchen Präsidenten er haben soll?», entrüstet sich Max Wyss, Vizepräsident von Pro Landskron. So etwas habe es seit der Gründung des Vereins noch nie gegeben.

Sowohl der Gemeinderat als auch der Verein Pro Landskron berufen sich auf die Vereinsstatuten. Leymen stützt sich auf einen Artikel, nach welchem der jeweilige Maire von Leymen den Präsidenten stellt. Allerdings kann er das Amt auch an einen Vorgänger oder einen Adjoint delegieren. Die Gemeinde hat sich mit Vize-Gemeindepräsident Denis Reverret für die Adjoint-Variante entschieden. Im selben Artikel steht jedoch auch, dass die Vorstandsmitglieder von der Generalversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt werden. Und dass das Präsidentenamt dem Maire wieder zufällt, wenn der Adjoint demissioniert. Da Danielle Ott nicht zurückgetreten ist, stützt sich der Verein auf diese Passagen.



Von Leymen enttäuscht. Konrad Knupp (links) und Max Wyss kämpfen für die Interessen des Vereins Pro Landskron und der Ruine Landskron. Foto Florian Bärtschiger

Um eine weitere «Einmischung der Gemeinde» zu verhindern, änderte die Mitgliederversammlung die Statuten und strich den Teil des Artikels, der sich auf den Maire von Leymen bezieht.

«Seither verfolgt der Gemeinderat eine Angriffspolitik gegen unseren Verein», schreibt der Vorstand in einem Brief an die Mitglieder. Nicht nur habe Leymen ein Gerichtsverfahren gegen

die Präsidentschaft und die Statutenänderung eingeleitet, der Gemeinderat lehne es nun ab, wie bisher die Beleuchtungskosten mitzutragen und die Abfalleimer bei der Burg zu leeren. Und vor allem verweigert die Gemeinde dem Verein die Arbeitsbewilligung für die Sanierung des Pulverturms. Diese Absage begründet die Gemeinde mit den Unstimmigkeiten und dem laufen-

den Gerichtsverfahren. «Ich verstehe die Welt nicht mehr. Jede andere Gemeinde wäre froh um einen Verein, der sich um ein historisches Wahrzeichen auf ihrem Boden kümmert. Doch Leymen macht uns das Leben schwer», sagt Max Wyss. Und Konrad Knupp wirft die Frage auf: «Was will der Maire mit diesem Verhalten erreichen? Das ist sicher nicht im Interesse der Landskron.» Knupp und Wyss können die Frage nicht beantworten, lassen aber durchblicken, dass sie von einer Abrechnung ausgehen.

Gemeinde wird rausgedrückt

Das Verhalten der Gemeinde sei keinesfalls persönlicher Natur, versichert Patrick Oser, Maire von Leymen. «Die Gemeinde hat laut Statuten das Anrecht auf das Präsidentenamt. Doch Pro Landskron will Leymen mit der Statutenänderung aus dem Verein rausdrücken», sagt Oser. Man habe sogar Denis Reverret, der bis dahin Kassier des Vereins gewesen sei, aus dem Vorstand ausgeschlossen.

Die alten Statuten seien zudem zwischen den Gemeinden der Region entstanden: «Da ist doch klar, dass die Leymener Gemeinde ein Wort mitzureden hat. Wir sind nicht nur da, um den Abfall zu entsorgen», so der Maire.

Solange nicht klar sei, ob das Verhalten des Vereins rechtens sei oder nicht, habe der Gemeinderat beschlossen, alles auf Eis zu legen: «Unser Anwalt hat uns geraten, mit allem abzuwarten, bis der Gerichtsentscheid gefällt ist», so Oser.

Solange die Sanierung am Pulverturm unmöglich ist, kümmert sich Pro Landskron um kleinere Reparaturen und Sicherheitsoptimierungen, die anstehen: «Wir haben eine Liste von Projekten, die wir ohne Bewilligung durchführen können und für die direkt gespendet werden kann», sagt Knupp, der mit seiner Arbeitsgruppe einmal wöchentlich für kleinere Arbeiten auf die Landskron kommt. «Wir haben keine Lust, viel Geld für ein juristisches Hickhack auszugeben», so Wyss. Wegen den Querelen wurde bereits das diesjährige Sommerfest abgesagt. «Dazu fehlte uns einfach die Motivation.» Aufgeben will der Verein aber nicht. Das sei man den 1000 Mitgliedern schuldig, ohne deren Hilfe der Verein nie so weit gekommen wäre.

Laut Patrick Oser soll der Spuk aber im September/Oktobre ein Ende haben. «Wir warten auf die Antwort des Gerichts. Danach werden wir die Arbeiten bewilligen – egal wie der Entscheid ausfällt.»

Der geplante Verzicht auf das Bruderholzspital in seiner heutigen Form wirft viele Fragen auf

Bruderholz-Exit und niemand spricht über die Folgen

Von Hans Kummer und Karl Huwiler

Wenn man den Äusserungen der direkt Betroffenen und den Berichten in den Zeitungen (BaZ, 27.7.2015) Glauben schenken darf, ist der Abbruch des Bruderholzspitals bereits beschlossene Sache und die Umstrukturierung des Spitals in eine Anstalt für ambulante Patienten fix geplant. Also am gleichen Ort ein Krankenhaus ohne Akutklinik und ohne Intensivpflege- und Notfallstation. Dieser als «grosser Wurf» deklarierte Entscheid (BaZ, 27.6.2015) soll Kosten sparen und die universitären Kliniken in Basel unterstützen.

Der geplante Verzicht auf das Bruderholzspital in seiner heutigen Form wirft Fragen auf, die bisher – jedenfalls in der Öffentlichkeit – nicht beantwortet wurden. Wenn die Notfallstation still gelegt wird, wohin sollen dann die jährlich über 20 000 Notfallpatienten hingehen? Wo sind die freien Kapazitäten? Kann man wirklich Kosten sparen, wenn man eine moderne, medizintechnische Infrastruktur stilllegt und anderswo neue Kapazitäten aufbauen muss? Wo sollen nach dem Abbruch des Bruderholzspitals die im Tageschnitt ungefähr 300 stationären Patienten hospitalisiert werden? Wo sind die leeren Betten, die auf diese Kranken warten? Oder glaubt man im Ernst,

dass man diese Patienten dann ambulant behandeln kann? Sind etwa in Basel-Stadt Erweiterungen der Spitäler geplant und wenn ja, wer bezahlt sie? Oder nimmt man eine Bettennot in Kauf mit der Gefahr einer Zweiklassenmedizin: Der Privatpatient ins Privatspital und der allgemein Versicherte auf eine Warteliste?

Wo sind die leeren Betten, die auf die Kranken vom Bruderholzspital warten?

Das Bruderholzspital galt jahrzehntelang als ausgesprochen kostengünstiges und bei Patienten und Ärzten beliebtes Spital. Gibt es jetzt wirklich «billigere» Alternativen? Die bisherigen Erfahrungen sprechen dagegen, waren doch die Spitalkosten in Basel-Stadt immer deutlich höher als in Baselland.

Die Wirren der letzten Jahre – verursacht durch unglückliche Management- und Politentscheide – haben zum Weggang von mehreren qualifizierten Ärzten geführt mit nachfolgendem Rückgang der Patientenzahlen und negativen Folgen für das Betriebsergebnis. Mittlerweile hat die Auslastung wieder ein sehr hohes Niveau erreicht.

Wenn aber die Zukunftsaussichten weiterhin unklar bleiben, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sich irgendwann der Auszug gefragter Leistungsträger wiederholt mit der Gefahr einer nachfolgenden Implosion des Spitals. Gefordert sind jetzt klare Vorgaben.

Gemäss dem «grossen Wurf» soll auch das Universitätsspital unterstützt werden und dem kann man nur zustimmen. Wie leer aber die Floskel «Unterstützung der Universität» sein kann, zeigt sich am kürzlich verkündeten Entscheid, die Frauenklinik des Bruderholzspitals ins Basler Privatspital Bethesda zu verlegen. Eine wirklich seltsame Unterstützung des Universitätsspitals. Unglaublich ist auch die Vorstellung, dass durch die Verlegung in ein Privatspital aus der angeblich stark defizitären Frauenklinik im Bruderholzspital eine gewinnbringende Institution entstehen wird.

Es wird immer Betten brauchen

Es gilt auch zu bedenken, dass das Bruderholzspital sich seit jeher auf den Bereich der erweiterten Grundversorgung beschränkt und die hochspezialisierten universitären Leistungen an die Universitätsklinik delegiert hat. Dies trifft für andere Spitäler weit weniger zu. Auch bei ihnen müssten deshalb im Rahmen des «grossen Wurfes» entspre-

chende Forderungen erhoben werden. Etwas im «grossen Wurf» wirkt aber überzeugend, nämlich die Förderung des ambulanten Bereichs. Sie entspricht dem Trend der modernen Medizin und wurde im Bruderholzspital bisher nicht gefördert. Es ist auch gut möglich, dass vermehrte ambulante Leistungen die Zahl stationärer Patienten geringfügig senken kann und damit die Bettenzahl in einem allfälligen Neubau etwas geringer sein könnte – mit realer Aussicht auf Senkung der Gesundheitskosten. Aber Kranke, die ein Spitalbett brauchen, wird es auch in Zukunft geben, und die Schliessung eines erprobten, kostengünstigen und voll ausgelasteten Spitals ist ein viel zu «grosser Wurf», der zerstörerisch wirkt und bei Patienten und Spitalmitarbeitern bedauernde Opfer fordert.

Wir möchten mit unserer Kritik nicht neue Gräben aufwerfen, sondern die positiven Aspekte des «grossen Wurfes» unterstützen – und bei den allzu kühnen Unterfangen zum Nachdenken anregen.

Hans Kummer ist ehemaliger Chefarzt der medizinischen Universitätsklinik KSB und ehemaliger Präsident der Ethikkommission beider Basel.
Karl Huwiler ist ehemaliger Spitalverwalter und Vorsitzender der Spitalleitung KSB und ehemaliger Präsident der Ethikkommission.